

Haushaltsrede der Fraktion „Freie Wähler“ zum Haushaltsplan 2024

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich zuerst bei Ihnen, Frau OBin für das anschauliche Bild bedanken, das Sie in der Rede zur Einbringung des Haushalts gezeichnet haben.

Es geht dabei um Takt und Geschwindigkeit die im großen Orchester zusammenwirken und miteinander musizieren sollen.

Sie haben das in vielen Facetten beschrieben und das ist auch nachvollziehbar. Das gerade dargebotene Stück ist die städtische Haushaltsplanung für 2024, das wir weitgehend verstehen und nachvollziehen können.

Dennoch vermissen wir im Spielplan den Zusammenhang mit den nächsten Stücken in den folgenden Jahren. Man könnte auch Zukunftsmusik dazu sagen.

Spielen wir Klassik oder Pop oder ein Wunschkonzert oder möglicherweise neuartige Experimentalstücke? Mit welchem Orchester wollen wir bzw. Sie antreten. Welche Talente sollen die vorhandenen Instrumente spielen und welche Instrumente werden künftig wichtiger werden?

Gefällt dem werten Publikum überhaupt was auf der Bühne dargeboten wird? Welchen Eintritt sind die Bürger bereit zu bezahlen bzw. wie viel Eintritt darf man verlangen? Und benötigen wir ein neues Konzerthaus oder reicht das Bestehende aus?

Das Bild ließe sich jetzt noch weiter ausmalen, ich erspare Ihnen das und überlasse weitere Wohl- oder Mißklänge Ihrer Phantasie.

Im Folgenden möchte ich die Lage und Erwartung für die Zukunft beschreiben und diskutieren:

Die Musiker, respektive Mitarbeiter der Stadtverwaltung, sind unbestritten der wichtigste Teilbereich. Wie unsere OBin in ihrer Haushaltseinbringung, widmen wir dem Personalbudget den ersten Teil unserer Ausführungen.

Bruchsal hat in den letzten 10 Jahren einen Bevölkerungszuwachs um 7,7 % auf jetzt 47.500 Einwohner zu verzeichnen. Im gleichen Zeitraum wurden 156 neue Stellen geschaffen, was einen Anstieg um 34% bedeutet! Dabei sind unsere Personalkosten um beachtliche 66 % auf 41,5 Millionen € gestiegen. Vieles davon ist der Lohnentwicklung geschuldet, aber der wesentliche Teil ist auf neue Stellen zurückzuführen.

Die Systematik ist einfach zu beschreiben. Es ist eine Salamtaktik, denn jedes Jahr werden neue Stellen gefordert und auch gut begründet. Ein Abbau von Stellen wird uns so gut wie nie vorgelegt! In der freien Wirtschaft ist der Druck rationeller zu arbeiten wohl erheblich größer!

Die Freien Wähler kritisieren diese Entwicklung seit vielen Jahren. Wir haben konstruktiv den Aufbau der Organisationsabteilung gefordert und erreicht. Das war verbunden mit dem Auftrag, die Aufgaben und Prozesse im Rathaus zu untersuchen, um diese zu verbessern. Nach vielen Jahren müssen wir feststellen, dass der Erfolg bzw. eine Effizienzsteigerung auf sich warten lässt. Das hat viele Gründe, für uns zählt das Ergebnis bzw. Nicht-Ergebnis. Wir geben die Hoffnung aber nicht auf, dass diese Arbeit, verbunden mit der Transformation zu mehr digitalem Arbeiten, irgendwann doch Früchte trägt.

Nach unserer Kritik am sehr starken Personalaufbau im vergangenen Jahr haben wir angekündigt, dass wir ein „Weiter So“ nicht akzeptieren werden. Da die Verwaltung im Haushaltsentwurf wieder 18 neue Stellen gefordert hat, sahen wir uns gezwungen über einen entsprechenden Antrag hier eine deutliche Grenze zu ziehen. **(ANTRAG 1)**

Andere Fraktionen befürworten eine pauschale Kürzung der Personalkosten, wir gehen weiter und haben klare Stellenkürzungen beantragt, bzw. weniger neue Stellen!

Eine pauschale Kürzung ist natürlich bequemer und überlässt die Umsetzung der Stadtverwaltung. Das ist auch relativ einfach durch verzögerte Einstellungen und Fluktuation zu erreichen. Der große Nachteil ist aber, dass eine Korrektur bzw. Reduzierung im Stellenplan nicht erfolgt.

Wenn am Jahresende 2024 dann alle Stellen besetzt sind, werden diese den Haushalt 2025 dann automatisch vollständig belasten und wir können nichts mehr dagegen tun.

Wir sparen also nicht dauerhaft etwas ein, sondern nur im nächsten Haushalt!

Wir sind auf die nachfolgende Abstimmung über unseren Antrag gespannt!

Bei einer Analyse der Kennzahlen im 10-Jahresvergleich, die uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde, haben wir festgestellt, dass wir in Bruchsal alleine in den vergangenen 5 Jahren einen Bevölkerungszuwachs um 3.000 Bürger zu verzeichnen haben. Das sind + 6%! Oder zum Vergleich: ein Stadtteil wie Helmsheim oder Büchenau ist neu dazugekommen! Der Bevölkerungszuwachs in Deutschland + BaWü war im gleichen Zeitraum nur bei ca. 1,8%.

Die neuen Bürger sind keineswegs nur Flüchtlinge, der überwiegende Teil ist Zuzug an echten Fachkräften mit Ihren Familien, die bei unserer Industrie und im Gewerbe gute Arbeitsplätze gefunden haben und Bruchsal als lebenswerten Standort entdeckt haben.

Wie immer gibt es aber eine Kehrseite dieser Entwicklung: Ein Mehrbedarf an Kinderbetreuungsplätzen und mehr Schulkinder. Der Wohnungsmarkt ist trotz hohem Zuwachs leergefegt und die Mietpreise steigen entsprechend. Unsere Infrastruktur kommt an ihre Grenzen und es muss in den nächsten Jahren in den Ausbau der Kläranlage oder ähnliches investiert werden. Dazu kommen Zukunftsinvestitionen für den Umbau der Energieversorgung mit Windkraft und Photovoltaik. Ein weiteres großes Thema wird auch die Geothermie und die erforderlichen Fernwärmenetze.

Das sollen dann unsere Töchter, die Stadtwerke und die Wohnungsbaugesellschaft machen.

Da kommt schnell die Erinnerung an einen Karnevalsschlager der 50er Jahre „ Wer soll das bezahlen, Wer hat das bestellt, Wer hat so viel PinkePinke Wer hat so viel Geld, ,“
Spätestens wenn die Rechnungen vorliegen kommt dann die Antwort: der Gemeinderat hat das bestellt!!!

Wir sehen im Haushalt bereits hohe Millionenbeträge für unsere Töchter und das ist erst der Anfang. Besonders beim weiteren Bau von neuen Wohnungen in unserer Wohnungsbaugesellschaft sehen wir eine Überforderung, da gleichzeitig hohe Standards für die energetische Sanierung durch EU und Bundesgesetze vorgeschrieben werden.

Wir werden das nicht finanzieren können. Wer glaubt, dass man so bezahlbaren Wohnraum für ALLE schaffen kann, verkennt die Realitäten. Niedrige Mieten für Neubauten, die die Kosten nicht decken, führen zu Verlusten, die dann aus dem Stadthaushalt auszugleichen sind und von allen Bürgern unfreiwillig zu tragen sind. Das Potential der Wohnungsbaugesellschaft ist begrenzt!

Aus diesem Grund sehen wir Millionenbeträge für den Wohnungsbau kritisch. Wir brauchen das Geld dringender für den weiteren Ausbau von Kindergärten und Schulen.

Aber damit sind wir dann schon beim Thema Prioritäten!!

Das sagt sich leicht, erfordert aber eine intensive Auseinandersetzung und den Mut, mit Mehrheitsentscheidungen zu leben. Das beste Beispiel dafür ist die Überdachung der Bahnsteige am neuen ZOB (zentraler Omnibus Bahnhof). Wir haben im Juli 2022 mit großer Mehrheit eine tolle Überdachung für ca. 4 Millionen € beschlossen und die Verwaltung hat entsprechend bis zu Ausschreibungsreife geplant. Auf der Suche nach Einsparungsmöglichkeiten hat die Verwaltung vor 3 Monaten weitere Alternativen vorgelegt, die günstiger zu realisieren sind. Nach langer Diskussion haben wir in der letzten Sitzung unsere Entscheidung revidiert und uns für eine um 2 Millionen € günstigere Variante ausgesprochen. Es waren nicht alle Gemeinderatsmitglieder davon überzeugt und es gab einen Beschluß mit Gegenstimmen! So funktioniert Demokratie, wenn das Geld knapp wird.

In Berlin findet man in Nachtsitzungen kreativere Lösungen ohne echte Einsparungen, ob die wirklich besser sind, möchte ich bezweifeln.

Damit sind wir beim nächsten Thema, dem Versuch unsere Probleme auf der Einnahmeseite zu lösen. Die Stadtverwaltung hat sich einem Antrag der Grünen/Neue Köpfe angeschlossen mit dem Ziel die Gewerbesteuer zu erhöhen. Wir lehnen dies aktuell ab. Der Haushalt für das Jahr 2024 kann, mit den Einsparmöglichkeiten die wir eingebracht haben, vernünftig dargestellt werden.

Wir sehen aber auch die Strukturprobleme und die Zwänge, die vorhandene und bei Bevölkerungszuwachs neu zu schaffende Infrastruktur dauerhaft zu finanzieren. In einem Gesamtpaket aus Ausgabendisziplin und Einnahmesteigerung für Investitionen werden wir uns einer Überprüfung der Grund- und Gewerbesteuer nicht verschließen. Die Diskussion ist im nächsten Jahr frühzeitig zu führen, um die mittelfristigen Haushalte ausgleichen zu können.

Gestatten Sie mir eine kurze Stellungnahme zu den größten Vorhaben:

1) Albert Schweitzer Realschule – 30 Mio €

Mit ca. 30 Millionen für die Generalsanierung und Erweiterung ist das das größte Einzelvorhaben in der Geschichte unserer Stadt.

Wir bekommen immerhin fast 10 Mio € Zuschüsse und die Notwendigkeit ist unbestritten. Es ist aber auch klar, dass das weder in der Umsetzung noch in der Finanzierung nebenbei möglich ist. Andere Projekte müssen dann zurückstehen, außer wenn es möglich wäre ein Sondervermögen, respektive Sonderschulden dafür genehmigt zu bekommen.

Da wir uns bei diesen Summen nicht vorstellen können, welche Standards umgesetzt werden, bitten wir vor der Ausschreibung ausdrücklich um die Vorlage von alternativen Ausbau- und Ausstattungsstandards. Vielleicht lässt sich doch noch etwas einsparen, diese Notwendigkeit sehen wir.

2) Erweiterungsbau Baubetriebshof – 3 Mio €

Wir befürworten diese Investition, da die Arbeitsbedingungen nach fast 30 Jahren der Zeit angepasst werden müssen. Mit der Integration des Forstbetriebs und besseren Abläufen erwarten wir Synergien und effizientere Abläufe. Auch für die Gewinnung und Integration von Mitarbeitern gehören ordentliche Arbeitsbedingungen heute zum Standard.

3) Denkort Fundamente – bis zu 25 Mio €

Wir können uns den Ausführungen unseres Kollegen Schnatterbeck anschließen und verzichten deshalb auf eine detaillierte Würdigung der Bedeutung.

Das Investitions- und Betriebskonzept ist noch nicht schlüssig und ausgereift. Vor allem die Fragen der künftigen Nutzung und der daraus entstehenden Folgekosten muss geklärt werden, denn mit der Investition allein ist es nicht getan. Gerne investieren wir für die weitere Planung einen Betrag von € 200.000,-. Wir erwarten im kommenden Jahr Antworten auf Fragen wie den Erhalt oder Neubau des alten Feuerwehrhauses, Zusage des Landkreises zum Schul-Erweiterungsbau, Dimension, Kosten und Nutzen einer Verlagerung der Stadtbibliothek usw. Die Teile müssen ein Ganzes ergeben.

Aber auch dann müssen wir sehen, ob das in unseren künftigen Finanzrahmen passt.

4) Kinderbetreuung – jährliche Kosten ca. 20 Mio €

Dem Bedarf entsprechend müssen wir weiter investieren, obwohl wir bereits sehr viel geleistet haben (2023 : 3 Einrichtungen eingeweiht für 15 Mio € !) Diese Pflichtaufgabe können wir nicht in Frage stellen.

Neben kleineren Maßnahmen ist der Bau eines weiteren Kindergartens in der Kernstadt vorzubereiten.

Wie bereits von Frau Krug gefordert, erwarten wir kurzfristig auch eine höhere Belegung der bestehenden Gruppen, damit jedes Kind einen Platz bekommen kann.

5) Verlagerung ZOB/Bahnhofsvorplatz – 15 Mio €

Die Maßnahme ist beschlossen und in der Umsetzung. Wir stehen dazu, die Überdachung einfacher auszuführen als geplant, um ca. 2 Mio € einzusparen. Auch der Ostausgang der Unterführung muss verschoben werden.

Vielleicht reicht es am Ende noch zu einem Parkleitsystem für die Innenstadt, welches wir seit vielen Jahren fordern.

6) Hochwasserschutz – 15 Mio €

Das Gesamtkonzept inklusive Regenrückhaltebecken in Helmsheim muss umgesetzt werden, da wir Zuschüsse bis zu 70% nur bei planmäßiger Fertigstellung bekommen. Die Notwendigkeit ist spätestens beim nächsten Hochwasser wieder deutlich.

7) Altenbergbrücke – 5 Mio €

Straße und Brücken müssen unterhalten werden und funktionstüchtig sein. Leider gibt es immer wieder Überraschungen und Zwänge. Das Risiko eine Vollsperrung besteht und muss vermieden werden. Immerhin gibt es hier hohe Zuschüsse.

8) Erwerb von Beteiligungen – 9 Mio €

Dahinter verbergen sich Zukunftsinvestitionen für Wohnen, Fernwärmeausbau und Verlustausgleiche für die Stadtwerke, welche auch die Defizite von Schwimmbädern und Stadtbus abdecken muss

Nach Ansicht unserer Fraktion werden wir nicht alles in dieser Höhe finanzieren können. Die Gremien müssen die Notwendigkeit hinterfragen, da es sich jeweils um sehr langfristige Infrastrukturprojekte handelt.

Alleine diese größten Vorhaben belaufen sich auf über 100 Mio € in den nächsten 3-4 Jahren.

Es muss jedem klar sein, dass unsere Investitionsfähigkeit davon abhängt, ob unser Ergebnishaushalt zumindest ausgeglichen werden kann. Das allein ist eine große Herausforderung, wie die mittelfristige Planung aufzeigt.

Das große Problem sehen die Freien Wähler in der Planung für die Haushaltsjahre ab 2025. Wir werden auch hier die Diskussion um Prioritäten, um Pflichtaufgaben und freiwillige Leistungen weiter führen müssen. Der neu zu wählende Gemeinderat hat sofort eine spannende Aufgabenstellung!

Die Freien Wähler sind überzeugt, dass Lösungen nur bei Beteiligung aller Ämter und Mitarbeiter möglich sind. Wir bitten die Verwaltung, alle Amtsleiter aufzufordern Einsparpotentiale aufzuzeigen.

Dazu gehört auch die Darstellung von Prozessuntersuchungen und den Stand von Digitalisierungsprojekten. Ziel muss eine effizientere und bürgerorientierte Verwaltung sein.

Das geht nur am Anfang des Jahres, da später die Haushaltsplanung wie in einem Ritual damit beginnt, weitere neue Stellen zu fordern und zu begründen. Dann ist es zu spät.

Da Ziel sollte ein Arbeitsblatt für jeder Amt auf einer Seite DIN A4 sein, denn in der Beschränkung wird nur das Wesentliche geschrieben. Unsere Fraktion wünscht sich im Anschluss die Vorlage und Diskussion hierüber in einem Ausschuß und im Gemeinderat noch im alten Gemeinderat und noch vor der Sommerpause 2024.

Wir stellen fest, dass der Haushaltsplan für das kommende Jahr, mit den vorgenommenen Korrekturen aus den Anträgen des Gemeinderats, unsere Zustimmung finden wird.

Für die mittelfristige Planung ist offensichtlich, dass die eingebrachten Vorhaben und vor allem die daraus resultierende Verschuldung nicht akzeptabel und unrealistisch ist.

In diesem Sinne wird die Fraktion der Freien Wähler dem Haushaltsplan der Stadt Bruchsal für das kommende Jahr und mit Einschränkungen auch der Finanzplanung bis 2027 zustimmen.

Dies gilt auch für den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasser und der Vereinigten Stiftungen.

Abschließend danken wir allen Bürgern unserer Stadt für Ihr Vertrauen in unsere Arbeit zum Wohl der Stadt. Der besondere Dank gilt allen, die sich ehrenamtlich in Vereinen und vielfältigen Organisationen für ihre Mitbürger engagieren.

Die Fraktion der Freien Wähler wünscht Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick und Ihnen Herr Bürgermeister Glaser, sowie allen Verantwortlichen in den Fachbereichen und Ämtern, dass Sie motiviert und entscheidungsfreudig an die Umsetzung des Haushaltplanes gehen. Bitte denken Sie dabei schon an die herausfordernden Jahre die folgen werden.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Rathäusern und bei unseren Töchtern für Ihren täglichen Einsatz zum Wohl der Bürger unserer Stadt.

Ein besonderer Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit in der jetzt ablaufenden Legislaturperiode.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Bruchsal, den 19.12.2023

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Roland Foos', enclosed in a thin blue rectangular border.

Roland Foos

Fraktionsvorsitzender der Fraktion „Freie Wähler“